

Kein Bildungsaufstieg ohne Studienfinanzierung

Ein Interview mit Katja Urbatsch, Gründerin und Geschäftsführerin von [Arbeiterkind.de](https://www.arbeiterkind.de) zur BAföG-Novelle, Hürden auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit und guten Beispielen zur Gewinnung von „First Generation Students“



Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagillustration: stock.adobe.com/nakigitsune-sama

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der
Bundesrepublik Deutschland.




Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-088-8

Auf einen Blick

Das seit 1971 existierende Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) steht zum wiederholten Male in der politischen Diskussion. Denn nach wie vor hängen Bildungsaufstiege stark vom sozialen Hintergrund von Kindern und Jugendlichen ab. Die Finanzierung eines Hochschulstudiums stellt für viele Familien eine große Hürde dar. Trotz guter Leistungen unterbleibt daher oft ein Studium; die Potenziale von Kindern und Jugendlichen werden nicht ausgeschöpft – mit großen Nachteilen für die Betroffenen und für die Gesellschaft. Deshalb braucht es eine BAföG-Reform, die die Bildungschancen verbessert. Dazu gehört unter anderem:

- › Einbeziehung bisher unberücksichtigter Kosten, zum Beispiel durch Sonderzahlung vor Aufnahme des Studiums
- › Transparenz und Planbarkeit der Studienfinanzierung erhöhen
- › Senkung des Darlehensanteils
- › Berufsberatung stärker an Potenzialen junger Menschen orientieren
- › Einbindung der Universitäten mit Programmen für „First Generation Students“



Jüngste Umfragen bestätigen, dass viele Studierende in prekären Situationen leben. Der Versuch, die Misere mit einer BAföG-Novelle zu beheben, wird vielfach kritisiert. Welche Finanzmittel benötigen Studierende? Was muss bei der Finanzierung beachtet werden?

Das BAföG ist und bleibt ein richtiges und wichtiges Instrument, um soziale Mobilität zu gewährleisten und Menschen zu ermöglichen, ihr Potenzial zu entfalten. In den vergangenen 50 Jahren hat sich das BAföG entwickelt. Mit der BAföG-Novelle wird in diesem Jahr erst einmal eine erneute Aktualisierung des Förderinstrumentariums vorgenommen und manche Regelungen werden verbessert. Das ist jedoch noch nicht die große Reform des BAföG, die viele Verbände vor der Bundestagswahl gefordert haben. Noch in dieser Legislaturperiode soll eine umfänglichere Reform folgen.

BAföG hat sich über 50 Jahre entwickelt

Noch immer ist für Kinder, die keine Vorbilder oder Unterstützung in ihrer Familie haben, die Finanzierung eine der größten Hürden, ein Studium aufzunehmen. Ob ein Bildungsaufstieg gelingt, bleibt verbunden mit einer verlässlichen, einfachen und realistischen Studienfinanzierung. In unserer Arbeit erleben wir, dass die Frage nach der Studienfinanzierung häufig ausschlaggebend für die Entscheidung für oder gegen ein Studium ist.

Auch die immer wieder angepasste Leistungshöhe, oft unterhalb der Inflation, deckt nicht die Kosten eines Studiums ab. Diese sind in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich gestiegen aufgrund von erhöhten Anforderungen an die technische Ausstattung der Studierenden: Dazu gehören Notebook, Drucker, Internetanschluss sowie Software. Die Kosten für die semesterweise Rückmeldung haben insbesondere durch das Semesterticket deutlich angezogen. Insgesamt werden in vielen Städten pro Semester 350 bis 450 Euro auf einmal fällig.

Leistungshöhe deckt Kosten eines Studiums nicht

Dies sind nicht die einzigen Kosten, die unberücksichtigt bleiben. Noch vor dem Beginn des erstens Semesters entstehen hohe Kosten, die vom BAföG nicht berücksichtigt werden: Das sind – neben den Kosten für die Einschreibung und das Semesterticket – die Kosten für die Kautions- und die ersten Monatsmieten sowie den Umzug bei Studierenden an

heimatferne Hochschulen. Hier kommen erfahrungsgemäß Summen von über 1.000 Euro im Zeitraum bis zum Ende des ersten Studienmonats zusammen. Anstatt einer besonderen Zahlung am Anfang des Studiums werden die lediglich an der Lebenshaltung orientierten BAföG-Zahlungen oft erst zwei oder drei Monate nach Studienbeginn rückwirkend ausbezahlt. Manche Verantwortliche denken offensichtlich, dass alle Studierenden irgendwo eine reiche Tante hätten, die das vorstrecken könne. Diese Annahme ist aber natürlich falsch.


Das bedeutet, dass die individuelle Studienentscheidung, samt gegebenenfalls Umzug et cetera, getroffen werden muss, bevor es eine verbindliche Finanzierungszusage gibt?

Ja. Deshalb fordern Studierwillige zurecht eine Planbarkeit ihrer Studienfinanzierung vor Studienbeginn. Es gibt ein paar BAföG-Rechner im Internet, aber um die zu bedienen, müsste man sich die Steuerbescheide beider Elternteile organisieren und dann sind die Ergebnisse noch immer nicht verbindlich. Eine Vorabentscheidung des Amtes zur Höhe des BAföG kann man nicht beantragen. Bei Studierenden führt die Unklarheit der Förderhöhe nach unseren Erfahrungen öfters dazu, dass die bürokratische Hürde der Antragstellung in der falschen Erwartung einer vernachlässigbar niedrigen Förderhöhe oder der Ablehnung des Antrags nicht auf sich genommen wird. Auch dies ist ein Faktor für die kontinuierlich gesunkene Zahl von Geförderten.

Planbarkeit der
Studienfinanzierung
notwendig

Es zeigt sich, Geld ist wichtig, aber nicht alles. Welche organisatorischen und prozeduralen Verbesserungen beim BAföG wären hilfreich, um die Situation Studierender zu verbessern?

Der aus Rückmeldung von Studierenden vermittelte Eindruck ist, dass die BAföG-Ämter die Anträge wohl meist mit der Haltung prüfen, dem Staat Geld sparen zu müssen. Antragstellende fühlen sich bei Fehlern beim Ausfüllen des Antrags eher vorwurfsvoll behandelt. Dabei sollte das BAföG als Förderinstrument doch eigentlich chancenorientiert und bestärkend vergeben werden. Das heißt, BAföG-Anträge sollten einfacher, die Bearbeitung der Anträge schneller und transparenter werden.



Und vor allen Dingen: Studierende sollten erfahren, dass sie wohlwollend und unterstützend behandelt werden und keine „lästigen Bittsteller“ sind.

Was erwarten Sie von der von Ihnen erwähnten weiter geplanten BAföG-Novelle?

Im Koalitionsvertrag sind zwei Entwicklungen beim BAföG als optionale Maßnahmen erwähnt: Die Senkung des Darlehensanteils des BAföG, also unter die bisherige Höchstgrenze von 10.010 Euro, möglicherweise sogar auf null.

Die zweite Option ist die Einführung einer Grundförderung für alle Studierenden, in welcher Höhe wäre noch offen. Aus unserer Arbeit sehen wir die Rückkehr zum BAföG als Vollzuschuss, so wie es einst eingeführt wurde, für die erheblich chancenreichere Maßnahme. Denn viele Studierende mit jetzt schon bestehenden Ansprüchen verzichten wegen Schuldenängsten auf die Leistungen. Auch deshalb ist der Anteil von Studierenden mit Förderung niedriger als erwartet. Ein BAföG ohne Darlehen ist auch viel günstiger als eine Grundförderung für alle. Der Staat müsste ohne Darlehensrückzahlung auf knapp eine Milliarde Euro im Jahr verzichten. Mit dem gleichen Geld könnte er zwei Millionen zusätzlichen Studierenden aber lediglich eine Grundleistung von 40 Euro im Monat überweisen. Das eröffnet kaum jemandem zusätzliche Chancen.

BAföG als Vollzuschuss

Es bleibt der Eindruck, dass in Deutschland Studieninteressierte aus Familien ohne akademische Erfahrungen immer noch benachteiligt sind. Was ist notwendig, um die Situation zu verbessern?

Viele Herausforderungen für Studierende der ersten Generation

Die Belastung durch ein Studium ist für Studierende der ersten Generation in vielen Bereichen höher. Nicht nur, dass sich mehr von ihnen um die Studienfinanzierung erst kümmern müssen und nicht wissen, wann wie viel BAföG kommt. Sie haben auch mehr Druck, das Studium zügig zu durchlaufen. Zum einen droht ein Ende der BAföG-Finanzierung bei Überschreiten der Regelstudienzeit, aber auch im Elternhaus

herrscht sehr schnell Unverständnis für längere Studienzeiten, wenn mal ein Kurs wiederholt werden muss oder das erstgewählte Studienfach doch nicht das Richtige war.

Auch Auslandssemester würden das Studium verlängern, erst recht, wenn Kurse danach nachgeholt werden. Die schwer gefundene bezahlbare Wohnung müsste währenddessen aufgegeben werden. Am Ende entscheiden sich viel weniger Studierende der ersten Generation für das Studium im Ausland. Mit Folgen: Denn am Arbeitsmarkt ist Auslandserfahrung wieder ein Auswahlkriterium.

Diese Punkte müssten korrigiert werden. Und auch die Verbesserungen, die wir eben angesprochen haben, würden die Situation deutlich verbessern.

Mit Blick auf soziale Gerechtigkeit: Welche Maßnahmen - außer BAföG - könnten noch hilfreich sein, um ein Studium - unabhängig von den Elternhäusern - zu ermöglichen?


Als Gesellschaft senden wir gemischte Signale, ob sich der Schritt an die Hochschule lohnt oder nicht. Viele verunsichert das. Diejenigen, die das nicht verunsichert, sind jedoch Kinder aus akademischem Elternhaus.

79 Prozent von ihnen fangen ein Studium an. Das sind praktisch alle, die es bis zu einer Hochschulzugangsberechtigung schaffen. Natürlich wissen akademisch gebildete Eltern, warum sie studiert

haben, dass sich dieser Schritt lohnt und vermitteln dies auch ihren Kindern. Wieso können wir nicht ehrlich diese Erzählung für alle Kinder transparent machen?

79 Prozent der Kinder aus akademischem Elternhaus studieren

Nicht fair ist es zumindest, wenn wir immer nur dann an den Nachwuchs für Lehrberufe denken, wenn es um die Studienambitionen von Kindern aus nicht akademischen Elternhäusern geht. So erhalten wir nur die Abhängigkeit des Bildungswegs vom Elternhaus. Und seien wir ehrlich: Niemand wagt es, akademisch gebildeten Eltern vorzuwerfen, ihre Kinder nicht genug für Lehrberufe zu begeistern.



Die „Erzählungen aus dem Elternhaus“ werden sich kaum verhindern lassen. Ist es denn möglich und realistisch, alle Kinder und Jugendlichen transparent und unabhängig vom Elternhaus über die Chancen eines Studiums aber auch einer Berufsausbildung zu informieren? Was schlagen Sie vor?

Wenn wir wollen, dass Bildungsentscheidungen unabhängiger von den Eltern getroffen werden, dann müssten wir den Einfluss der Elternhäuser dabei sogar stärker berücksichtigen. Akademikerkinder sind, wie sich zeigt, ja sehr resilient gegen jegliche Werbung für duale Ausbildungsberufe. Kinder ohne akademischen Hintergrund sind dagegen selbst kurz vor einem Abitur noch unsicher, welcher Bildungsweg der richtige ist und entscheiden sich auch mit Hochschulreife nur zur Hälfte für ein Studium, während fast alle Akademikerkinder dann an die Hochschulen strömen. Wenn man dort vor einem ganzen Jahrgang für Ausbildungsberufe wirbt, wird man also bei Akademikerkindern recht sicher auf taube Ohren stoßen und diejenigen, die mit dem Gang an die Hochschule hadern, nur noch ein Argument gegen den Gang an die Hochschule als Pionier geben. So würden wir beispielsweise das Gegenteil von mehr Elternunabhängigkeit schaffen.

Die Berufsberatung müsste also von der sozialen Herkunft unabhängiger und individueller und auf die Stärken und Potenziale der jungen Menschen besser zugeschnitten werden. Das ist das Ziel. Es gibt keinen Königsweg, der zur Bewältigung dieser Herkulesaufgabe eingeschlagen werden sollte.

Und wie könnten die Universitäten selbst für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen?

Programme für „First Generation Students“

An US-amerikanischen Universitäten gehören Programme für „First Generation Students“ zum guten Ton, zur Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Pflichten. An deutschen Hochschulen stoßen Ideen, diesen Studierenden ein besonderes Angebot zu machen, sie besonders willkommen zu heißen und zu fördern, auf riesige Skepsis. Würde man solche Studierende nicht stigmatisieren? Ganz und gar nicht. Diese Studieren-

den sind Pioniere in ihren Familien und natürlich können wir Pioniergeist feiern. Hochschulen können ihnen Raum für Austausch geben und Ansprechpartner für vermeintlich dumme Fragen als Unterstützende zur Seite stellen. Einen Teil davon bieten unsere ehrenamtlichen Arbeiter-Kind.de-Gruppen vor Ort. Aber wenn Hochschulen dies machen würden, hätte das noch mal eine viel stärkere Wirkung und die Botschaft willkommen zu sein wäre überdeutlich.

In den USA müssen Studierende allerdings hohe Studiengebühren bezahlen, auch dies kann eine große Hürde für ein Studium darstellen. Gibt es andere internationale Systeme, die im Bereich der Bildungsgerechtigkeit einen Schritt weiter sind und die sich als Beispiele für Deutschland eignen würden?

Da muss man gar nicht so weit schauen: In Dänemark bekommen fast alle Studierenden Geld vom Staat, mit nur wenigen Einschränkungen. Wer nicht zu Hause wohnt, erhält 820 Euro im Monat. Die Anträge sollen meist in zwei Wochen beschieden sein, weil die Studierendenhilfe elternunabhängig gezahlt wird und damit weniger zu prüfen ist. Die USA sind übrigens häufig besser als ihr Ruf. Für bedürftige Studierende gibt es zahlreiche Stipendien; fast nie zahlt man den auf der Webseite genannten Preis für das Studium.

Elternunabhängige
Unterstützung in
Dänemark

Das Interview führten Dr. Norbert Arnold und Felise Maennig-Fortmann im Juni 2022.



Katja Urbatsch, geb. 1979 in Ostwestfalen, ist Gründerin und Geschäftsführerin der gemeinnützigen Organisation [ArbeiterKind.de](https://www.arbeiterkind.de).

Sie studierte Nordamerikastudien, Betriebswirtschaftslehre sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin und der Boston University. Anschließend war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Justus-Liebig-Universität Gießen tätig.

Mit bundesweit 6.000 Ehrenamtlichen in 80 lokalen Gruppen ermutigt ArbeiterKind.de seit 14 Jahren Schülerinnen und Schüler aus nicht akademischen Familien zum Studium und begleitet sie als Studierende der ersten Generation. Für ihr Engagement erhielt Katja Urbatsch 2018 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

